

heimkehr.  
die Stadtge-  
belmgelehrten  
März, abends  
Jahre nur  
Mitglieder bei  
tens Freitag  
1278  
Köbele

erhebt an jedem Werk-  
tag, Bestellungen nehmen  
sämtliche Postanstalten  
und Posthöfen entgegen.  
Preis vierteljährlich hier  
mit Kollage M. 4.50,  
auswärts M. 4.80  
einschl. der Postgebühren.  
Monatlich nach Verhältniß.  
Anzeigen-Gebühren für die  
empfindliche Seite aus ge-  
wöhnlicher Schrift oder  
deren Raum bei einmaliger  
Einrückung 50 Pfg.,  
bei mehrmaliger, Rabatt  
nach Maß. Bei gerichts-  
licher Einrückung u. Konkursen  
in bez. Rabatt bis 50 Pfg.

# Der Gefellschaffler

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

Vorbereitete Zeitung im  
Oberamtsbezirk. — An-  
zeigen sind dabei von  
bestem Erfolg.  
Es wird kein Gewähr  
übernommen, daß Anzeigen  
über Kosten in bestimmter  
Ausgaben oder an der  
gewöhnlichen Stelle erscheinen.  
In Fällen von späterem Ge-  
walt behält sich das Verlags-  
büro die Befugnis vor, auf  
Antrag der Redaktion, den  
Abdruck von Anzeigen  
für eine Zeit zu unterbrechen  
oder ganz zu unterbrechen.  
Telegraphische Adressen:  
Gefellschaffler Nagold  
Postfachkonto:  
Stuttgart 5113.

Nr. 65

Donnerstag den 18. März 1920

94. Jahrgang

## Reichsminister Müller zur auswärtigen Lage.

Stuttgart, 16. März. Unser Stuttgarter Vertreter hatte heute eine Unterredung mit dem Reichsminister des Inneren, Hermann Müller, über die Rückwirkung des Berliner Militärpaktes auf die Beziehungen der Deutschen Republik zu den anderen Staaten. Minister Müller erklärte, daß die fremden Regierungen zu den Staatsstreichern in Berlin bisher keine Beziehungen angekündigt hätten. Das Ausland halte sich allein an die verfassungsmäßige Regierung, die wegen der kommenden Tagung der Nationalversammlung zur Zeit in Stuttgart ihren Sitz hat. Welchen Wert man im Ausland auf die Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Reichsregierung lege, gebe am besten daraus hervor, daß die französische Regierung in besonderer Mission für die Dauer des Stuttgarter Aufenthalts der Reichsregierung Herrn Baumbach zum Geschäftsträger ernannt habe, der sich ihm heute morgen bereits bei ihm vorgestellt habe. Dieses französische Initiative entsprangene Vorgehen begrüße er, da es die normale Fortführung der Geschäfte bedeutend erleichtere. Minister Müller sagte weiter, daß nach Berliner Nachrichten der englische Geschäftsträger Lord Almonst es abgelehnt habe, einen Vertreter Kapps zu empfangen. Diese Haltung der alliierten Regierungen sei zu verstehen. Die alliierten Regierungen würden nicht erwarten, daß eine Regierung Kapp und Wittrog den Friedensvertrag loyal ausführen wolle, soweit das möglich sei. Wenn die Berliner Staatsstreicher im Lande verbreiten ließen, daß sie Beziehungen zur Entente hätten, so sei das falsch. Solche Nachrichten würden auch nur verbreitet, um das im Reich ständig schwandende Ansehen dieser ostelbischen agrarischen Junker-Regierung wieder etwas zu heben. — Aus demselben Grunde wurde von Berlin aus die Nachricht verbreitet, daß die Regierung Dauer mit den Kapp-Verhandlungen, ja man gebe soweit, zu sagen, daß ein Kompromiß so gut wie abgeschlossen sei. Minister Müller betonte mit Nachdruck, daß diese Meldung falsch sei. Die Falschmeldung habe z. B. in Paris schon große Aufregung verursacht. Wie ihm aus Paris heute mittag gemeldet worden ist, behauptet die Pariser Presse, daß das angebotene Kompromiß ein Beweis dafür sei, daß die Regierung Ebert-Bauer nur der Wahlführung für eine militärische Regierung in Deutschland gewesen sei. Ebert fordere die französische Regierung bereits zur Ergreifung scharfer Maßnahmen gegen Deutschland auf. — Minister Müller legt deshalb den größten Wert darauf, festzustellen, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, sich mit dem Völkerverrat a. D. Kapp in Kompromißverhandlungen einzulassen. In dem Kampfe, den die Staatsstreicher dem so schwer geprüften deutschen Volke aufzuzwingen haben, gebe es nur ein entweder — oder. Jedes Kompromiß müßte in dem genannten Ausland den Eindruck erwecken, daß die deutsche Regierung nur das Feigenblatt des Militarismus sei. Es könne kein Vorkommen geben, weil jedes Vorkommen für spätere revolutionäre Versuche preußischer Junker und reaktionärer Generale geradezu einen Anreiz darstelle. Jetzt sei der historische Moment für das deutsche Volk, zu beweisen, daß die deutsche Revolution wirklich keine Kamouflage war, daß das deutsche Volk wirklich Herr seiner Geschicke sei und daß es sich der Versuche gegenrevolutionärer Generale unter allen Umständen zu erwehren wisse. — Die der Regierung aus dem Lande zugehenden Berichte zeigten, daß das deutsche Volk sich der Gefahren bewußt sei, welche die Verklammerung einer monarchischen Restauration heraufbeschworen hätten. Auch militärisch bessere sich die Situation zusehends. So habe z. B. die Marine in Wilhelmshaven die Offiziere, die sich für Kapp erklärten, einfach festgenommen und sich rückhaltlos auf den Boden der Verfassung gestellt. — Ein Kompromiß mit den Staatsstreichern würde übrigens den geschlossenen Widerstand aller Sozialdemokraten finden. Schon deshalb könne er ernsthaft nicht erwogen werden. Auch die Anhänger der Deutsch- demokratischen Partei hielten ein Kompromiß für gänzlich unmöglich. — Der Staatsstreich müßte, ohne daß den Staatsstreichern Konzessionen gemacht würden, in kürzester Zeit zusammenbrechen. Dies sei die Voraussetzung für eine Konsolidierung der deutschen Verhältnisse und für die Erhaltung des Vertrauens des Auslandes zur deutschen Republik. Wenn das deutsche Volk sich in dieser schwierigen Lage nicht selbst zu helfen wüßte, müßte man an seiner wirtschaftlichen Wiederaufrichtung und an seiner politischen Zukunft verzweifeln. Aber die nächste Zukunft wird, so sagte Minister Müller zum Schluß zuversichtlich, zeigen, daß das deutsche Volk sich die Herrschaft der ostelbischen Junker in keiner Form mehr gefallen läßt.

## Erklärungen Eberts.

Stuttgart, 16. März. Der Herr Reichspräsident Ebert hat einen Vertreter des Wolffschen Telegraphenbureau aus folgendes Interzelle gegeben: Mit der Reichsregierung befinde ich mich in völliger Uebereinstimmung. Von der Erklärung, die wir in der Nacht vom Sonnabend auf das Ultimatum der Staatsstreicher gegeben haben, sind wir bisher nicht abgewichen. Von einer Verständigung mit den eid-

belichtigen Verfassungsfeinden kann keine Rede sein. Ihr Wort verdient keinerlei Vertrauen. General Ebert hat sich auf das in der Presse veröffentlichte Telegramm geantwortet, daß ich ihn hier zur mündlichen Besprechung erwarte. Bisher ist er noch nicht eingetroffen. General Ebert hat von uns keinen Auftrag zu Verhandlungen mit den Berliner Staatsstreichern. Wir haben Ebert vielmehr gesagt, daß es bei unserer Erklärung auf das Ultimatum bleiben müsse. Den Vertretern der Koalitionsparteien haben wir mitgeteilt, daß wir auf bedingungslosem Rücktritt der Staatsstreicher bestehen müssen. Von Berlin hat sich heute eine Deputation von Politikern, bei denen sich General Ebert befinden soll, angemeldet. Bis zur Stunde (mittags 1 1/2 Uhr) ist sie noch nicht eingetroffen. — Die Situation im Reich gestaltet sich immer mehr zu unseren Gunsten. Württemberg hält fest zu uns. Ebenso stehen Baden, Bayern, Hessen, wie auch Sachsen und ganz Nordwestdeutschland auf dem Boden der Reichsverfassung und halten treu zu uns. Nur in Ostelbien haben die Staatsstreicher bisher einigen Anhang gefunden. Dieser Anhang rekrutiert sich aus der alten preussischen Reaktion. In Süddeutschland herrscht in allen Kreisen darüber große Empörung, ebenso nach den uns zugegangenen Nachrichten im Rheinland und in Westfalen. — Wenn durch das Vorgehen der Staatsstreicher es in mehreren Orten zu gewaltsamen Zusammenstößen kam, unser Wirtschaftslieben schwer erschüttert und die Ernährung aufs höchste gefährdet wird, so trifft die volle Verantwortung die deutsch-nationalen Putschisten. Den General Wittrog habe ich vor Ausföhrung seines wahnwitzigen Planes auf das nachdrücklichste auf diese Folgen aufmerksam gemacht. Die Nationalversammlung wird vorläufig in Stuttgart tagen. Ebenso wird der Reichstag hier zusammentreten. Die Deutsch-Nationalen werden sich wohl fern halten. Dagegen sind schon mehrere Unabhängige hier. Unser Ziel ist: Sicherstellung der Verfassung, schnelle Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung und öffentlichen Sicherheit. Wir müssen darauf bestehen, daß die rebellischen Truppen aus Berlin zurückgezogen und aufgelöst werden. — Es zeigt sich jetzt klar, daß die seit Wochen betriebene Gehe der Deutsch-Nationalen auf den Sturz der Verfassung u. der Demokratie gerichtet war. Die Demokratie oder die militärische Reaktion ist die Frage. Ich zweifle keinen Augenblick, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes zur Demokratie steht.

## Maßnahmen der Reichsregierung.

Stuttgart, 16. März. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Vormittagssitzung beschlossen, daß die Uebungsfrage für die Reichswehr, die im Entwurf der Befehlsverordnung vorgesehen sind, vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung ab 1. April zur Ausgabung gelangen.

Stuttgart, 16. März. Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske haben heute die Abfertigung des Generals Mäcker (Wehrtriestammes IV Dresden) verfügt. Das Kommando ist General Müller übertragen.

Stuttgart, 16. März. Die Reichsregierung hat den Oberpräsidenten Hering zum Reichskommissar für die Provinz Sachsen und Anhalt ernannt. Alle Reichs- und Staatsbehörden werden ihm unterstellt. Ebenso übernimmt Hering bis auf weiteres den militärischen Oberbefehl.

## Nahegehe.

Stuttgart, 16. März. (Nichtamtlich.) Nach Zeitungsmeldungen hat die Regierung Kapp der Reichsregierung angeboten, zurückzutreten, und die Gewalt, soweit sie in ihren Händen ist, an den Reichspräsidenten zurückzugeben, wenn binnen 2 Monaten die Neuwahlen erfolgen. Hierzu ist zu bemerken, daß es die politische Lage wohl ganz von selbst erforderlich machen wird, sobald die Ordnung wieder hergestellt ist, zu Neuwahlen zu schreiten. Die Regierung lehnt aber auf jeden Fall ganz entschieden ab, sich mit dem Staatsstreicher Kapp darüber in irgend einer Form auseinander zu setzen.

## Dienstverweigerung der Unterstaatssekretäre.

Stuttgart, 16. März. In Berlin haben die Unterstaatssekretäre sämtlicher Reichsministerien unter Führung des Unterstaatssekretärs Bewald beschloffen, den Gewalthabern jede Dienstleistung zu verweigern. General Ebert und die Departementsdirektoren des Reichswehrministeriums tun gleichfalls keinen Dienst.

## Ein Vertreter der englischen Regierung in Stuttgart.

Koblenz, 16. März. Ein Vertreter des britischen Mitgliedes der Internationalen Rheinlandskommission in Koblenz Herr Robertson ist als Vertreter der englischen Regierung bei der verfassungsmäßigen deutschen Reichsregierung heute nach Stuttgart eintrafen worden.

## Das Ruhegebiet hinter der Regierung Ebert-Bauer.

Stuttgart, 16. März. Wie aus Dortmund gemeldet wird, ist das ganze Ruhegebiet in den Händen der Arbeiterschaft, die hinter der verfassungsmäßigen Reichsregierung steht. Der kommandierende General des dortigen Wehrtriestammes Mäcker hat sich dem Reichskommissar Ebert verpflichtet, die rechtmäßige Regierung zu unterstützen

und zu schützen. Die Bergarbeiterverbände haben gemeinsam mit dem Zechenverband beschlossen, Berlin und die aufständische Landesteile nicht mehr mit Kohle zu beliefern, solange sie in den Händen der Putschisten sind. General Ebert hat den Regierungspräsidenten gebeten, im Amt zu bleiben.

## Die Einwohnerwehr schlägt die Regierung.

Stuttgart, 16. März. Die Führer der Einwohnerwehr richten an die Bevölkerung folgenden Aufruf: „Schwaben! Die Einwohnerwehr schlägt die verfassungsmäßige Regierung und die Nationalversammlung gegen jeden Putsch von rechts u. von links, eingebend des Wahlspruches „Furchtlos und treu!“ Die Führer der Einwohnerwehr.“

## Überwältigung des Korps Vichschlag.

Stuttgart, 16. März. Wie aus Hagen gemeldet wird, ist das Korps Vichschlag, das schon früher mehrfach wegen seiner reaktionären Provokationen der Arbeiterschaft Anstoß erregt hat, von der dortigen Arbeiterschaft nach mehrstündigem Kampf überwältigt worden. Es hatte 20 Tote, die Arbeiterschaft 5 Tote. Diese Aktion wurde durch die U.S.V. und K.P.D. unterstützt. Infolgedessen befinden sich auch in ihren Händen Waffen, darunter 4 Kanonen. An Stelle des unzuverlässigen Korps Vichschlag sind jetzt regierungstreue Truppen nach Hagen geschickt worden. In dessen bleibt die Lage gespannt, da radikale Teile der Arbeiterschaft die Situation für weitgehende Zwecke auszunutzen wollen.

## Östpreußen in Gefahr.

Königsberg, 16. März. Oberpräsident Büning hat am Sonntag an beide Regierungen eine Drahtung folgenden Inhalts gerichtet: Um Deutschlands Untergang und den Bürgerkrieg zu verhindern, ist die schleunige Bildung einer Koalitionsregierung unbedingt erforderlich. Östpreußen richtet hiermit die dringende Mahnung an beide Regierungen, unverzüglich miteinander in Verhandlungen zu treten und eine Regierung des nationalen Wiederaufbaus zu bilden. Im Falle eines sonst unabwendbaren Bürgerkrieges wird Östpreußen zuerst ein Raub seiner feindlichen Nachbarn werden und der Anarchie verfallen. In dieser Schicksalsstunde müssen alle Parteigegensätze vor der Not des Vaterlandes zurücktreten.

## Ein Kompromiß bedeutet die Mainlinie.

Stuttgart, 16. März. Die Mitglieder der badischen Landesregierung sind in Stuttgart eingetroffen u. haben der Entschluß der Reichsregierung, nicht mit den Aufständern zu verhandeln, gebilligt. Die badische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß ein Kompromiß mit den Verstoßenen zu einer neuen Mainlinie führen würde. Die württembergische und die hessische Regierung stehen auf dem gleichen Standpunkt.

## Zur Lage im Reich.

Stuttgart, 16. März. Auf telegraphisches Ersuchen des Reichsministers des Inneren um Berichtserstattung ist von sämtlichen wichtigen Landesregierungen die Nachricht eingegangen, daß sie treu zur verfassungsmäßigen Reichsregierung stehen und die dort lugehende Reichswehr sich der Berliner Bewegung nicht angeschlossen hat. — In Sachsen haben sich die Truppen unter Führung des Generalleutnants Müller der verfassungsmäßigen Reichsregierung zur Verfügung gestellt. Angriffe der Kommunisten auf das Postgebäude sind zurückgewiesen worden. In Bayern steht General Moch mit seinen Truppen unbedingt hinter der Regierung. Als in Alzenburg der Führer des dortigen Bataillons einen Druck auf die Landesregierung ausübten wollte, lehnte sich die Truppe und die Einwohnerwehr auf die Offiziere wurden in Schutzhaft genommen.

Hamburg, 16. März. Wie die Nachrichten melden, befindet sich das Gebiet von Groß-Hamburg vollkommen in der Gewalt der Anhänger der alten Regierung. Die Truppen in Altona, die bisher unter dem Kommando der neuen Regierung standen, haben ihre Offiziere abgesetzt und entwaffnet und sich dem Kommando der alten verfassungsmäßigen Regierung unterstellt. Die Offiziere sind in Schutzhaft genommen worden. Blutvergießen hat dabei anscheinend nicht stattgefunden.

## Ein englischer Stimmungsbericht aus Berlin.

Stuttgart, 16. März. Der Berliner Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ in Berlin berichtet an sein Blatt folgendes: Der Generalstreik ist heute in Berlin vollständig und umfaßt alle Arbeitsgruppen einschließlich der lebenswichtigen Betriebe. In kurzem wird ganz Berlin ohne Gas, Wasser und Licht sein. Die Vororte- und Fernzüge verkehren nicht mehr. Die ganze Stadt ist von der Außenwelt abgeschlossen. Es ist vollkommen klar, daß die neue Regierung nicht nur an die sozialistischen Arbeiter und die demokratischen Parteien, sondern auch weite Teile der mittleren Klasse und Beamten mindestens in passiver Resistenz gegen sich hat. Charakteristisch ist die Haltung des Finanzmagazins „Zeitlich“, der sich in Opposition zur neuen Regierung befindet. Eine großartige Propaganda mit der Tendenz, Judenprogramme hervorzuheben, ist von der Regierung in Berlin entlassen worden. Es ist zu kämpfen gekommen. Sie waren schwer und verlustreich; es gab Tote und Verwundete.

**Zur Lage in Berlin.**

WB Berlin, 17. März. Die gestrigen Berichte über die Vorgänge erweisen sich nach genaueren Feststellungen als außerordentlich übertrieben. Die von der Menge an manchen Stellen verhöhten und bedrängten Soldaten feuerten vielfach nur Schreckschüsse ab. Durch scharfe Schüsse getötet wurden nur eine Person, ein 20-jähriger Techniker, während etwa 5 Personen verletzt wurden. Die Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität wird von der Technischen Rostik zur Not aufrecht erhalten, ist aber unregelmäßig. Straßenbahn und Ringbahn verkehren vorläufig noch nicht. Auch die Postbestellung ruht teilweise, dürfte aber bald wieder im vollen Umfang aufgenommen werden.

WB Berlin, 16. März. Der Leutnant Varré, der zur Bekämpfung der Reichsrevolte gehört, wurde heute von einem Föderalisten überfallen und in den Landwehrkanal geworfen. Mitglieder der grünen Polizei und Schiffer zogen ihn wieder heraus. Beamte der Sicherheitswehr zerstreuten die Menge und stellten die Ruhe wieder her.

WB Hannover, 17. März. In der vorigen Nacht kam es in Hannover zu mehreren Zusammenstößen zwischen der Menge und Militär, wobei es eine Anzahl Tote u. Verwundeter gab. Der gestrige Tag verlief ruhig.

WB Stuttgart, 16. März. Nach Bekanntgabe von Görtings Ernennung zum Reichskommissar hat General v. Grobels in Moosburg seine Entlassung gegeben. Die Reichswehr hat sich der alten Regierung zur Verfügung gestellt und wird mit Bestimmung des Präsidenten Bohlmann einen neuen Führer wählen.

**Kapp trägt Unabhängigen Ministerposten an.**

WB Stuttgart, 16. März. Nach hier eingetroffenen Meldungen hat Oberst Bauer namens der Kapp-Regierung den Unabhängigen Sozialisten Julius Borchardt u. Däumig je ein Ministerpostenangebot gemacht. — Die Nachricht ist ein Schlaglicht auf die politischen und wirtschaftlichen Grundzüge, nach denen die Regierung Kapp sich nunmehr zu orientieren gedenkt. Däumig soll übrigens das Angebot abgelehnt haben.

**Die Kapp-Truppen in Gera-Neuß niedergebämpft.**

WB Stuttgart, 16. März. Aus Gera-Neuß ist bei der Reichsregierung soeben die Meldung eingegangen, daß es nach blutigen Kämpfen gelungen sei, dortige Militär, das auf beiden Seiten der Kapp-Regierung gestanden hat, zu schlagen und zu entwaffnen. Die Waffen befinden sich jetzt in den Händen der Geraer Arbeiterschaft.

**Attentat auf den sächsischen Justizminister.**

WB Dresden, 17. März. Als Justizminister Dr. Garmisch vorgerufen gegen Mitternacht das Ministerium verließ, schlich sich ein Mann nach, der ihn in der Nähe der Postkassette fragte, ob er der Justizminister sei. Als der Justizminister dies bejahte, schoß der Unbekannte auf ihn. Nur dem Umstand, daß sich der Justizminister schnell niederwarf, verdankt er, daß er unversehrt blieb. Der Täter entkam im Dunkel der Nacht.

**Die Arbeiterherrschaft in Chemnitz.**

WB Chemnitz, 16. März. Hier ist alles ruhig. Ernsthaften Widerstand gegen die bestehende Arbeiterherrschaft ist nicht vorgekommen. Die gesamte Arbeiterschaft befindet sich noch im Ausstand. Der neu gewählte große Arbeiterrat hat einen 21 gliedrigen Aktionsausschuß gebildet.

**Die Kämpfe in Leipzig.**

WB Leipzig, 16. März. In den gestrigen Vorgängen wird noch gemeldet. Ein Teil der Arbeiterschaft hat sich bewaffnet. Die Arbeiter hatten den Militärbehörden ein Ultimatum gestellt in dem die Entwaffnung der Truppen bis 6 Uhr abends gefordert wurde. Nach Ablehnung dieses Ultimatum erfolgte ein erneuter Vorstoß gegen den Augustplatz, wobei die Arbeiterpartei mehrere Maschinengewehre verwendete. Bei der Abwehr des Angriffs sollen die Truppen auch Minenwerfer verwendet haben. In verschiedenen Vororten kam es zu Plünderungen. — Zwei Offiziere der Berliner Regierung, die hier eingetroffen waren, um die Beendigung über die Ziele der Berliner Regierung aufzuklären, wurden ausgewiesen.

**Radikale Putzversuche in Dortmund.**

WB Stuttgart, 16. März. Wie aus Dortmund gemeldet wird, ist es dort zu einem linksradikalen Putzversuch gekommen. Eine Menge versuchte das Stadthaus zu stürmen, wurde aber zurückgeschlagen und hatte 14 Tote. Heute herrscht Ruhe. Der Generalstreik wurde wieder abgebrochen, jedoch versuchte die USP und SPD die Arbeiter weiter den Betrieben fernzuhalten.

**Eidbrüchige Offiziere in Wilhelmshaven verhaftet.**

WB Stuttgart, 16. März. Die Garnison Wilhelmshaven befindet sich restlos in der Hand verfassungstreuer Soldaten. Sämtliche eidbrüchige Offiziere sind von der Truppe verhaftet. Der Reichswehrminister Roske hat einen zuverlässigen Befehlshaber ernannt und angeordnet, daß die Offiziere in Haft zu halten sind.

**Die Haltung der Entente.**

WB Stuttgart, 16. März. Bei dem englischen Gesandten Lord Almonat hat sich gestern, wie die Frankfurter Zeitung aus Berlin erzählt, ein Abgesandter des Herrn Kapp eingefunden. Lord Almonat hat es abgelehnt, mit dem Abgesandten des Herrn Kapp in Verbindung zu treten. WB London, 16. März. Der Oberste Rat behrucht die allgemeine Lage in Deutschland und stimmte den notwendigen Maßnahmen zu, um allen Eventualitäten begegnen zu können.

WB Amsterdam, 17. März. Reuter meldet aus London, daß Lloyd George im Unterhaus erklärte, die alliierten Regierungen würden jede Bewegung der Monarchisten oder eine Minderfraktion in Deutschland mit Verlangen verfolgen. Es werde jedoch auf sein, die Ereignisse abzuwarten, bevor man irgendwelche Maßnahmen ergreife. Die Lage werde sehr sorgfältig beobachtet.

WB Bern, 16. März. Der Pariser Korrespondent der „Basler Nachrichten“ läßt sein Urteil über die Lage in folgende Erklärung zusammen: Die deutschen Junker sind von jeher die besten Mitarbeiter der französischen Diplomatie gewesen. Im Augenblick, wo sich die Bande zwischen den

Alliierten zu lockern begannen und einer Versöhnung mit Deutschland das Wort geredet wurde, kam der Berliner Putz der zur unmittelbaren Folge hat, die Alliierten zu einigen. In Paris rechnet man mit 3 Möglichkeiten: Sieg der preussischen Reaktion in ganz Deutschland, Auflösung Deutschlands oder Sieg der sozialistischen und demokratischen Elemente, sagt eine Reaktion, so wird die Entente genötigt sein, den Verfall der Vertrag rücksichtslos durchzuführen. Trennt sich Deutschlands Süden vom Norden ab, so geht ein Traum der Franzosen in Erfüllung. Für Deutschland werde der Sieg der demokratischen und sozialistischen Elemente am günstigsten sein. In den Kreisen der Alliierten die Unterstützung nicht versagen und wüßten sich ihnen gegenüber in der Durchführung des Vertrages müde fühlen. In keinem Fall befinde man den Wiederbruch des Krieges, wohl aber laufe Europa Gefahr, wieder in die alte Bündnis- und Militärpolitik zurückzufallen, und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund rüde in weite Ferne, wenn die deutsche Reaktion nicht entscheidend besiegt werde.

WB Stuttgart, 16. März. „Beitl Pariser“ vom 14. morgens erklärt, die Alliierten könnten keine Regime anerkennen, das durch eine Weitere emporgelommen sei. Die alliierten Geschäftsträger in Berlin kämen offiziell mit der sogenannten „neuen“ Regierung nicht in Verbindung treten. — „Matin“ vom 15. März teilt mit, es läge in der Absicht der französischen Regierung, als legale Regierung in Deutschland nur die verfassungsmäßige Regierung in Stuttgart verhandlungsfähig zu sein. Nach der Befestigung des militärischen Putzes in Berlin, die eine Gefahr für Europa darstellen, sollten die Alliierten der verfassungsmäßigen Regierung hinsichtlich des Friedensvertrages unmisslich entgegenkommen, um sie in Stand zu setzen, ähnlichen Zwischenfällen in Zukunft vorzubeugen.

WB Stuttgart, 16. März. Die Pariser Presse bringt wieder spaltenlange Berichte über die Lage in Deutschland. Sie kommen zum größten Teil aus der Schweiz und vom besiegten Rheinland, aber auch von Berlin. Sie sind einseitig angelegt und zeichnen die Lage infolge von Lügen in den einzelnen Städten und infolge der Streiklage recht düster. Vor allen Dingen fällt eine Nachricht auf, die rheinische Republik sei ausgerufen worden. Sie wird jedoch von Koblenz aus dementiert. Die gesamte Pariser Abendpresse beschäftigt sich natürlich wiederum mit dem angeblichen Kompromiß, obwohl von Stuttgart aus ein formelles Dementi erfolgte. Der „Temps“ spricht in seinem Leitartikel nochmals davon, daß die Alliierten das Axiom vom 13. März nicht unbestraft lassen dürfen. Die Leute, die früher gegen Frankreich gearbeitet hätten, arbeiteten gegen den Frieden von Versailles. Ob die neue Regierung siege, das bedeute unmisslich nichts, sondern die Tatsache, daß der preussische Militarismus die Offensive ergriffen habe und daß er siegreich sein werde, wenn man ihn nicht bestrafe. Das Blatt wendet sich deshalb gegen diejenigen Franzosen, die aus der preussischen Besatzung nichts gelernt hätten. Das „Journal des Debats“ sagt in seinem heutigen Leitartikel: Die Regierung von Berlin zeigt tendenziöse Nachrichten in die Welt. Es scheint, daß Herr Kapp sich unfähig fühlt, die Geschäfte zu leiten und daß er sie anderen übergeben will. Er hat nirgends eine günstige Aufnahme gefunden; er wird von niemand anerkannt. Das Blatt fügt hinzu, man hätte nichts gewonnen, daß man den Frieden von Versailles von Sozialisten habe unterzeichnen lassen. Es wäre viel besser gewesen, Delegierte zu verlangen, die aus dem alten Regime hervorgegangen seien. Das Blatt wird nicht anführen zu wiederholen, was es anfänglich des Waffenstillstandes gesagt habe, die Alliierten müßten Deutschland gegenüber Vorstufungsfragen stellen, daß sie einem Angriff, welches immer auch das politische Statut Deutschlands darstelle, nur durch militärische Maßnahmen niederhalten können.

**Eintritt des französischen Geschäftsträgers in Stuttgart.**

WB Stuttgart, 16. März. Wie bereits mitgeteilt, ist der zur Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen bestimmte Geschäftsträger der französischen Regierung, Herr Brunere, in Stuttgart eingetroffen. Er hat sofort beim Minister der auswärtigen Angelegenheiten Müller seinen Eintrittsbesuch gemacht. Minister Müller gab dem Geschäftsträger einen ausführlichen Situationsbericht, und führte u. a. aus, daß der Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris in ständiger Verbindung mit ihm stehe und die Geschäfte im Auftrag der verfassungsmäßigen Regierung führe. Da die Berliner Staatsstreicher die Regierung vorbereiten, daß sie Verbindung mit den alliierten Regierungen hätten, sei ausdrücklich festgestellt, daß die alliierten Regierungen weder Herrn Kapp und Genossen anerkennen, noch daran denken, mit ihnen in diplomatische Beziehungen zu treten.

**Keine Verhandlungen mit Kapp und Genossen.**

Stuttgart, 16. März. WB. Am Dienstag nachmittag 5 Uhr fand unter Vorsitz des Reichspräsidenten Obert eine Kabinettsitzung statt, an der auch die Vertreter der Regierungen von Württemberg, Preußen, Baden und Hessen teilnahmen. Anwesend waren außer dem Reichspräsidenten Reichsfinanzminister Bauer, die Reichsminister Roske, Müller, Koch, David und Sell, von Württemberg Minister Henmann, von Baden Ministerpräsident Geiß und die Mitglieder Wirth und Rückert, von Hessen Ministerpräsident Ulrich, Minister v. Brentano und Henrich, von Preußen Minister Heine und Braun. Ferner waren Anwesend der Präsident und Vizepräsident der Deutschen Nationalversammlung. — General Räder, der auf eigene Faust nach Berlin zu Kapp und Lüttich gefahren war, ist nach Stuttgart gekommen, um der Reichsregierung Vortrag über seine Berliner Eindrücke zu halten. Er betonte ausdrücklich, daß er nicht als Unterhändler komme, er wolle nur angesichts der furchterlichen Situation, in die Deutschland durch den Berliner Putz geraten sei, zu gewissen Zugeständnissen raten, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Das Kabinett erklärte ausdrücklich und einmütig, daß von einer Verhandlung irgendwelcher Art oder von einem Kompromiß mit den Berliner Rebellen keine Rede sein dürfe. Die Reichsregierung fordert den sofortigen und bedingungslosen Rücktritt Kapps, v. Lüttichs und der übrigen neuen Männer, Unterstellung der Truppen unter einen

General, der in keiner Weise an dem Revolte beteiligt war und auf dem Boden der Verfassung steht, sofortiges Abstoppen der Aufstellung der Eisenen Division und der Offizierskompagnien, Abtransport der Marinebrigade von Berlin und Auflösung unter einem neuen Befehlshaber. — Die Vertreter aller einzelstaatlichen Regierungen haben diesen Forderungen rüchhaltlos zugestimmt.

**Das angebliche Hindenburgtelegramm.**

WB Stuttgart, 16. März. In der heutigen Presse wurde die Nachricht von einem Telegramm verbreitet, das Generalfeldmarschall v. Hindenburg an den Reichspräsidenten Obert gerichtet haben soll. Die WB von zuständiger Seite erklärt, es ein betrugtes Telegramm nicht in die Hände des Reichspräsidenten gelangt.

**Eine Erklärung der preussischen Regierung.**

Stuttgart, 16. März. WB. Die Mitglieder der preussischen Regierung sind in ihr Amt berufen durch den Willen der Volksvertretung auf Grund der vorläufigen Verfassung. Nur durch Beschluß der Landregierungen können sie von ihrer Pflicht enthoben werden. So lange ein solcher Beschluß nicht vorliegt, sind die preussische Regierung Preussens, auch wenn sie durch militärische Gewalttätigkeiten der Ausübung ihres Amtes verhindert werden. Bez. Hirsch, Feine, Südekum, Fischbeck, Siegerwald, Jänisch, Dejer.

**Vermischtes.**

— **Turnet!** Der Turnvater Jahn sagt: „Ein fernster Welt ist notwendig zum Ringen mit dem fernsten Zeitalter.“

— **Eine ergötliche Schulanekdote.** Den meisten Raubtieren ist nach der wegen seiner Strenge bekannte und geachtete Polizeidirektor Prof. in Erinnerung, vor dem die Kinder mit dem Ruf danontieren: „Der Prof., der Prof. kommt! Einmal fiel sein Schornstein auch in den Schutunverrieh. Das ging so zu. Der Lehrer erzählte in der Bildl. Geschichte, wie Prof. den harten ägyptischen Aufseher erschlug, und fragte, warum er denselben im Sand verscharrte. Da streckte ein helles Hühlein den Finger in die Höhe und rief mit stehhafter Zuversicht: „Derr Lehrer, i weih, dah es der Prof. nei ischt!“

— **Durchhaltefreudhölzer.** Der Alladur. Anzeiger erzählt folgende nette Geschichte: Roubte sich da kürzlich ein Kempener Bürger eine Streichholzschachtel zu dem nocherschlutendären Preis von 35 Pfennig in der Meinung, ganz neue, „unter den jetzigen hohen Produktionskosten erzeugte Ware“, wie es immer so schön heißt, eingekauft zu haben. Aber welche Ueberraschung, als er zu Hause auf der Schachtel das Bild des alten Fritz erblickte und darunter den schönen Spruch: „Es muß das Jahrhundert stark und scharf hergehen, aber man muß die Ohren fest halten, und jeder, der Ehre und Liebe für das Vaterland hat, muß alles daran setzen, Friedrich der Große 1757.“ Also „Durchhaltefreudhölzer“ aus dem großen Weltkrieg, deren Erzeugungskosten sich im Höchstfalle auf 2 bis 3 Pfennige betragen. So muß der alte Preußenkönig einen Preiswucher erwidern, den er wahrscheinlich zu Lebzeiten noch mit dem Reichsdach ausgetrieben hätte. Aber recht hat der alte Fritz doch: Es geht wirklich stark und scharf her — auf dem Jährholzmarkt, und man muß die Ohren fest halten, wenn man seine Ruhe bewahren will.

— **Unterstände als Notwohnungen.** In einer Chemnitzer Zeitung finden wir folgende Anzeige: Gemeinde will als Notwohnungen Unterstände (wie im Felde) bauen und sucht Bauleiter dazu. Bewerbungen usw.

— **Ersatz.** Mutter, bekommen wir nun bald billige Lebensmittel? — „Rein, mein Kind, aber eine neue Orthographie!“ („Fliegende Blätter.“)

**Württembergische Politik.**

**Württemberg. Landtag.**

SCB Stuttgart, 16. März. Der württembergische Landtag trat am Dienstag nachmittag zur Entgegennahme von Mitteilungen des Staatsministeriums über die politischen Vorgänge zusammen. Die Reden und Erwiderungen waren stark befeht. Präsident Reil betonte in einer Ansprache, daß nun Stuttgart zu einem Brennpunkt der hohen Politik, nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas geworden sei. Es müsse festgestellt werden, daß es im republikanisch demokratischen Deutschland keine andere Regierung gibt als eine verfassungsmäßige. Freilich befindet der Landtag, daß er auf dem Boden der Reichsverfassung stehe u. nur eine verfassungsmäßig zustande gekommene Regierung anerkenne. Staatspräsident Blos zeichnete in kurzen Strichen die Entwicklung der politischen Verhältnisse und verurteilte die Freveltat in Berlin, hinter der sich die Reaktion aller Schattierungen verborge. Die württembergische Regierung beabsichtige, die Ernennung der Nationalversammlung zu konzentrieren, eine ökonomische Schädigung des Landes werde durch Verlegung der Nationalversammlung nach Stuttgart nicht eintreten. Die Einladung Kapps zu Beratungen auf den 25. März nach Berlin bezeichnete der Staatspräsident als eine Frechheit. Bezüglich des Stuttgarter Streiks den er als eine überflüssige Unternehmung charakterisierte, versicherte der Redner, daß er keine größere Gefahr in sich bezeuge, da die Beteiligten geschützt hätten, daß der Streik sich in Ruhe abspiele. Ein Antrag der Mehrheitsparteien, die Aussprache über die Ausführungen des Staatspräsidenten zu vertagen, wurde gegen die Stimmen der Bürgerpartei u. Unabhängigen angenommen. Präsident Reil erbat unter dem Beifall des Hauses die Erlaubnis, der Reichsregierung u. Nationalversammlung den Willkommgruß des württembergischen Landtags zu überreichen. Darauf vertagte sich das Haus. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung wird vom Präsidenten bestimmt.

**Der Beginn des Generalstreiks.**

Stuttgart, 16. März. Ein trüber, spätwinterlicher Morgen graut über der schwäbischen Landschaft. Von Mund zu Mund geht die Nachricht: Der Generalstreik ist ausgebrochen. Die Morgenblätter haben nur teilweise den um Mitternacht gefassten Beschluß der Vereinigten Gewerkschaften, den Generalstreik wegen der politischen Ereignisse den Generalstreik zu verhängen, verwendet können. Es ist 9 Uhr morgens. Aus den Fabriken und Industriebetrieben strömt die Arbeiterschaft in Massen. Das ruhige Straßenbild wird belebt. In Gruppen stehen die Leute zusammen. Die politische Lage wird erörtert. Ein großer Trupp Arbeiter zieht

teilhaft war  
Abstos-  
Offiziers-  
Becklin und  
Die Vertreter  
Forderungen

igen Presse  
breitet, das  
spräsidenten  
zuständiger  
nicht in die

ung.  
der preußi-  
den Willen  
Verfassung  
nen sie von  
folcher Ver-  
rängige Frei-  
tante an der  
Reg. Dirch,  
Orler.

Ein trefflicher  
Zeitalter“  
erweisen Na-  
me und ge-  
dient die Kin-  
derh. Komat!  
veracht. Das  
schichte, wie  
und fragte.  
stredie ein  
fief mit Heg  
ah es der  
R.

Anzeiger er-  
nürzlich ein  
em nachre-  
omung, ganz  
den erzeugte  
it zu haben.  
auf der  
darunter den  
f und scharf  
und jeder,  
alles daran  
Abhaltefreich-  
ungsmitteln  
So muß  
eden, den er  
stlos ausge-  
gt: Es geht  
stzmarkt, und  
ine Ruhe be-

ter Chem-  
arbeiten will  
bauen und  
bald billige  
near Ortho-

Landtag hat  
von Mittelun-  
den Vorgänge  
waren stark  
nde, daß nun  
till, nicht nur  
den sei. Es  
misch demo-  
als eine Ver-  
g, daß er auf  
ne verfassungs-  
me. Staats-  
Entwicklung  
Freiheit in  
zierungen ver-  
die Entschä-  
ne ökonomische  
der National-  
die Einladung  
ach Berlin be-  
st. Bezüglich  
stiftliche Unter-  
daß es keine  
ten zugesichert  
Ein Antrag  
Ausführungen  
gen die Stim-  
men. Präsi-  
die Erlaubnis,  
den Wilkomm-  
Darauf ver-  
schicken Sitzung

spätwinterlicher  
apstadi. Von  
generalfreist  
hweise den um  
Gewerkschaften  
nisse den Ge-  
Es ist 9 Uhr  
erleben strukt  
tagenbild wird  
nen. Die poli-  
Arbeiter zieht

in geordnetem Zug über den Schloßplatz. Die Straßenbahn  
rückt ein. Das wichtige Verkehrsmittel der Großstadt steht  
still, umsonst ruffen und rufen die Autos. Straßenbahn u.  
Post arbeiten noch. Auch die Ladengeschäfte aller Art sind  
vorläufig noch geöffnet. Aber schon machen sich Anstöße  
bemerkbar. Die Bäckereien sind an Brot ausverkauft. Das  
tägliche Straßenbild der Streiktage vom April 1919 kommt  
in Erinnerung. Was aber hinter der Bewegung lauert, die  
im Augenblick noch eine Sympathiebewegung für die Reichs-  
regierung ist, ist noch nicht abzusehen. Die Entwicklung der  
Ereignisse muß abgewartet werden. Der Landtag tritt heute  
Nachmittag zusammen. Die Reichsregierung tagt. Damit  
fällt auch die Entscheidung der Regierung über die Forder-  
ungen, die die Unabhängigen stellen, und auch der Witzel,  
ob diese Streikbewegung sich in Ruhe abwickeln wird.

#### Aufruf der D. d. P.

Stuttgart, 16. März. Die Deutsche demokratische Par-  
tei erläßt zu den politischen Vorgängen in Berlin einen Aufruf,  
in dem sie das Bekenntnis zur Reichsverfassung erneuert.  
Die Nationalversammlung habe sich unter den Schutz des  
demokratischen Schwabenslandes gestellt, dieser werde gerne  
gewährt. Die Idee der Demokratie, der Gerechtigkeit und  
Ordnung sei mächtiger als die Gewalt.

### Aus Stadt und Bezirk.

Magd., den 18. März 1920.

#### Protektionssammlung der Freien Gewerkschaften.

Eine große Anzahl von Arbeitern, die sich dem Sympathie-  
streik angeschlossen hatten, versammelten sich gestern im Löwen.  
Verschiedene Redner wiesen in markanten Worten auf die  
unheilvollen Folgen hin, die sich für die deutsche Arbeiter-  
schaft ergeben würden, wenn der unerhörte Putschversuch  
einer wahnsinnigen Gruppe von Altsoldaten und Reaktions-  
nellen gelingen würde. Beispiele von Ungläubigen zeigten die un-  
bekanntesten herzerweichenden Grenzfälle, die durch die  
Militärdiktatur am Protektionsschutz begangen wurden. Nur  
einer geschlossenen Einheitsfront der Arbeiterschaft und aller  
demokratisch denkenden Bürger könne es gelingen, den Sieg  
einer reaktionären und sühnerfüllenden Regierung zu vereiteln.  
Ein Vorschlag aus der Mitte der Versammlung, die ver-  
schiedenen gewerkschaftlichen Organisationen hier möchten sich  
mehr gegenseitig unterstützen, um immer mehr geschlossener  
arbeiten zu können, in Form eines Gewerkschaftsartikels, fand  
einstimmige Annahme.

#### Edhausen, 14. März.

Einen Genuß von seltener  
Güte hat die Abgeordnete Frä. M. Wand ihren im „Wald-  
horn“ zahlreich erschienenen Zuhörern. In klar verständlichen  
Worten zeichnete sie den Weg, den unser Volk beschreiten  
muß, um wieder in die Höhe zu kommen. Das Ringen nach  
einer anderen, besseren Wirtschaftsform begann nicht erst mit  
der Revolution. Die Anfänge dieser liegen viel weiter zurück.  
Nur Gedulde und so lassen in den schlechten Jahren vor  
allem der Primararbeitern, in den geradezu trostlosen Zu-  
ständen auf dem Wohnungsmarkt und in dem Streben weiter  
Arbeitslose, Geld zu erwerben, ohne eine Hand zu rühren.  
Diese letzteren Risiken verhängten sich durch den Krieg  
und dessen unglücklichen Ausgang zulehends und treiben das  
deutsche Volk jeden Tag mehr dem Abgrund entgegen. Die  
Eigensucht des Menschen, die letzte Ursache jener Zustände,  
sind einen falschen Nährboden in den unvollständigen Frei-  
heits- und Rechtsbegriffen des vergangenen Jahrhunderts  
deutscher Geschichte, in dem äußerer Glanz die inneren Schäden  
verdeckte und das Vertrauen zueinander immer mehr abnahm.  
Um „den Weg zum inneren Frieden“ zu finden ist es un-  
bedingt nötig, daß dieses Vertrauen wieder zurückkehrt, daß  
der Sozialismus in den Sinn sich durchsetzt, daß jedem Bür-  
ger des Staats die Lebensbedingungen geschaffen werden, auf  
die er als Mensch unbedingten Anspruch hat. Es muß  
wieder eine persönliche Beziehung zur Arbeit hergestellt  
werden, daher ist der Kommunismus zu verwerfen. Weil auf  
den Boden jeder Bürger Anspruch hat, darf er nicht dazu  
benötigt werden, um sich durch Spekulation zu bereichern und  
dabei einer Anzahl von Bürgern das zu nehmen, worauf  
jeder Anspruch hat, eine gesunde, menschenwürdige Woh-  
nung. Er soll dem Bauernstand gebühren, sofern er nicht zu  
ersterem Zweck notwendig ist. Es muß wieder Berufsstände,  
nicht bloße Erwerbsstände geben, denen eine gute Berufs-  
bildung zuteil werden muß. Nützlich ist auch eine sittliche  
Erneuerung, da durch den Krieg, der an sich ein Unrecht ist,  
viele Begriffe nur ein leerer Schall geworden sind. Großer  
Beifall lohnte die Mühe der Rednerin. Der Vorsitzende der  
Versammlung übermittelte ihr den herzlichsten Dank. An-  
schließend an die Ausführungen von Frä. Wand wies Herr  
Sampfl Boehringer auf den großen Wert der Genossenschaften  
hin, den diese für alle Berufsstände haben und forderte die  
Anwesenden auf, dem Genossenschaftsentwurf näher zu treten  
und den Verein für Kriegserbeintätigen in jeder Weise zu  
unterstützen. Zum Schluß berührte Herr Prof. Bauer noch  
die traurigen Ereignisse, die sich in Berlin abspielten. Eine  
Entscheidung, der würdigen Regierung die Treue zur Verfassung  
zu bekunden und sich geschlossen hinter sie zu stellen zur  
Verteidigung unserer Volksrechte, fand einstimmige Annahme.  
Ein Zeichen dafür, daß die hiesige Bevölkerung demokratisch  
fühlt und nicht gewillt ist, sich wiederum unter preussische  
Generalspolitik zu beugen, auch wenn vorübergehend  
der deutsche Süden sich vom unruhigen Norden trennen möchte.

#### Edhausen, 14. März.

Die armen Bauern  
hatte der Reichs-  
minister der  
Landwirtschaft  
in der Reichs-  
tagung in  
Hamburg am  
11. März  
in der Reichs-  
tagung in  
Hamburg am  
11. März  
in der Reichs-  
tagung in  
Hamburg am  
11. März

## Unentbehrlich

wie das liebe Brot ist auch die Zeitung im Haus. Die  
spannungsreichen Zeiten mit ihren hastenden Ereignissen, die  
wir eben wieder erleben, zeigen es doppelt, wie

### wichtig und notwendig

eine Zeitung ist, die mit ruhiger Sachlichkeit ihre Leser über  
die Tatsachen unterrichtet und dabei unabhängig von jeder  
Partei dem Vaterlande und dem Wiederaufbau unseres ge-  
samtan öffentlichen Lebens zu dienen sucht.

Das Aus- und Anzeigblatt „Der Gesellschaftler“ wird  
nach wie vor mit Entschlossenheit diesen Aufgaben dienen  
und das Spracherbe der Intelligenz seiner Leser sein.

Wir laden hiermit zum Bezug auf das II. Vierteljahr  
(April, Mai, Juni) 1920 höflich ein und bitten unsere geehr-  
ten Leser, das Abonnement auf den „Gesellschaftler“ bei der Post  
oder den Trägerinnen ungesäumt zu erneuern.

Verlag und Schriftleitung „Der Gesellschaftler“  
Schritte für die schwere, ungeliebte Tätigkeit der Tertiarbeiter.  
Als Kuriosum sei noch angeführt, daß einer der Weberbedner  
nicht wußte, daß in Preußen, dank der Volkstümlichkeit der  
Konkurrenz, bis 9. Nov. 1918 das Dreiklassenwahlrecht galt.

## Letzte Nachrichten.

### Kapps Rücktritt.

W.B. Berlin, 17. März. (Drahtber. abends 8 Uhr.)  
Aus der Reichskanzlei erhalten wir folgende amtliche Mel-  
dung: Nachdem die Regierung bisher sich entschlossen hat,  
die wesentlichen, politischen Forderungen, deren Ablehnung  
am 13. März 1920 zur Entlassung der Reichsregierung Kapp  
führte, von sich aus zu erfüllen, sieht der Reichskanzler  
Kapp seine Mission als erfüllt an und tritt zurück, indem  
er die vollständige Gewalt dem Militärbefehlshaber zu-  
rächtigt. Er läßt sich dabei von der Ueberzeugung leiten,  
daß die äußerste Not des Vaterlandes den einheitlichen Zu-  
sammenhalt aller gegen die vernichtende Gefahr des Bolsche-  
wismus verlangt.

W.B. Stuttgart, 17. März. (Drahtber. abends 8 Uhr.)  
Zu der Berliner Meldung betr. den Rücktritt Kapps wird  
von zuständiger Stelle mitgeteilt: Selbst beim Zusammenbruch  
seiner schmachvollen Abenteuer versucht Herr Kapp die Offen-  
sivität mit Unnahheiten irrezuführen. Jetzt, wo er ge-  
zwungen ist, bedingungslos abzutreten, möchte er den Ein-  
druck erwecken, als hätte die Reichsregierung seine Bedingungen  
angenommen; deshalb sei nochmals mit allem Nachdruck fest-  
gesetzt, daß die Reichsregierung jede Art von Verhand-  
lungen mit den Kappisten ein für allemal abgelehnt und  
keinerlei Bedingungen angenommen hat. Bedingungslose  
Unterwerfung war ihre Forderung, der Kapp und Genossen  
nun nachzukommen gezwungen sind.

Das Spiel ist aus, dessen fürchterlich-blaugiger Ernst das  
ganze deutsche Volk in neue, große Not gebracht hat. Schwere  
Gefahren standen über uns, die auf der einen Seite die Be-  
nützung des einseitigen deutschen Reiches bedeuteten, denn  
der Süden war entschlossen, diese Einheit des Reiches preis-  
zugeben und unter Wiederanrichtung der Mainlinie sich vom  
Norden zu trennen, wenn dort der Wahnsinn einer tollen  
Juncker- und Militärdiktatur in Permanenz erklärt worden wäre.  
Auf der anderen Seite aber drohte uns die entsetzliche Geißel  
des Bolschewismus. Die Gefahr war groß, daß der Wahn-  
witz der Ueberdeutschen von rechts den besten Schrittmacher  
des russischen Bolschewismus bildete, der unserem Volke  
ein Unmaß von Not, Elend u. Schrecken aufgebürdet hätte.  
In vielen Büchern des Reiches bezogen die Vorkämpfer die  
von toten Freunden und Helfershelfern von rechts geschaffene  
Lage sofort, um an dem Feuer ihr Extrazugspulver zu kochen.  
Das ist einer der schwersten Vorwürfe, der den Kapp und  
Genossen zu machen ist. Nun, da die Herrschaften leben,  
daß ihr Wahnsinn auf die breite Masse des Volkes keine suggestive  
Kraft auszuüben vermöchte, treten sie vom Schauplatz ihrer  
Selbstentatei ab und suchen dabei das Deforum der Volks-  
und Vaterlandsliebe zu wahren. Es ist eine historische Blüte,  
wenn Herr Kapp bei seinem erzwungenen Abgang erklärt,  
sein sinnloser Staatsstreik hätte das Ziel der Herbeiführung  
von Neuwahlen usw. gehabt. Rein, auf diesen stumpfen  
Schwanzel fällt kein vernünftiger Mensch herein und es be-  
steht kein Zweifel darüber, daß die Rebellen den alten Preu-  
hengott in all seinen abstoßenden Formen und Auswüchsen,  
die alte reaktionäre Wirtschaft in verschärfter Auflage und  
eine blutige Militärdiktatur herbeiführen wollten. An dem  
entschiedenen Bekenntnis der Mehrheit des deutschen Volkes  
zur Demokratie sind diese Absichten zerfallen. Das Regiment  
Kapp ist beendet aber die entzündeten Glutn Schwelnen fort,  
und es wird unserem Volke wieder schwere Opfer tollern, bis  
auch diese heillosen Brandherde gelöscht und die aufgeregten  
Geister wieder beruhigender, enstler Arbeit zugeführt sind,  
der Arbeit, die allein uns wieder anwärts führen kann.

W.B. Berlin, 17. März. (Amtlich.) Generallandwirtschaf-  
tsdirektor Kapp ist, um den inneren Frieden herbeizuführen,  
zurückgetreten. Aus dem gleichen Grunde hat General v.  
Lüttich seinen Abschied eingereicht. Der Stellvertreter des  
Reichskanzlers hat im Namen des Reichspräsidenten den Ab-  
schied bewilligt u. mit der der einseitigen Wahrnehmung  
der Geschäfte des militärischen Oberbefehlshabers den Gene-  
ralmajor von Seckel beauftragt.

### An das deutsche Volk!

W.B. Berlin, 18. März. Der bewaffnete Aufstand  
ist zusammengebrochen. Der verfassungsmäßige Zustand ist  
wiederhergestellt. Bedingungslos hat Herr Kapp das von  
ihm angenommene Amt des Reichskanzlers aufgegeben. Die  
Reichsregierung ist in vollem Besitz ihrer vom Volk bestimmten  
Rechte. Die Führung der Truppen ist dem General v.  
Seckel übertragen worden. Einmütige und unerschütterliche  
Entschlossenheit des deutschen Volkes haben vermocht, die un-  
geheure Schädigung des politischen und des Wirtschaftslebens  
in wenigen Tagen wieder auszuwachen. Alle Schichten der Be-  
völkerung, die in der Verteidigung der Demokratie treu zusa-  
menstanden u. dadurch die rasche Wiederkehr des verfassungsmäßigen  
Zustandes ermöglicht haben, spricht die Reichsregierung  
ihren Dank aus. Der dem deutschen Volk auhen wie innen-zuge-  
fügte Schaden ist unabsehbar. Das Wirtschaftsleben ist  
neu schwer erschüttert. Um seinen vollkommenen Zusammen-

bruch und damit den der Volksgelamtheit zu verhüten, muß  
die vom Volkswillen geschaffene und getragene Reichsregie-  
rung das gesamte deutsche Volk zur Wiederaufnahme der  
Arbeit auf. Der Stellvertreter des Reichskanzlers. (Weg-  
Schiffen.

### Kämpfe mit Kommunisten.

W.B. Eberfeld, 17. März. Zwischen bewaffneten  
Kommunisten und Truppen fand ein Gefecht statt. Die  
Kommunisten wurden zurückgeschlagen. Etwa 1000 von  
ihnen wurden in das besetzte Gebiet abgedrängt, wo sie von  
der Entente empfangen wurden.

W.B. Nürnberg, 17. März. Heute vormittag kam es  
an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen  
zwischen Reichswehr und der Menge. Es gab 18 Tote und  
40 Verwundete.

### Absetzung der Kapp-Offiziere.

W.B. Guxhaven, 18. März. Amtsverwalter Dr. Stro-  
mer ist vom Reichswehrminister Roske zum Garnisonsältesten  
ernannt worden. Der Festungskommandant v. Westlow,  
wurde in Schußhaft genommen. Sämtliche Offiziere der  
Garnison sind abgesetzt. Am Kommandanten ist Feldwebel  
Grube ernannt worden. Der Kommandant der Küstenwehr  
und acht Offiziere wurden in Schußhaft genommen.

### Ende des Generalfreizeugs der preussischen Eisenbahner.

W.B. Berlin, 18. März. Der deutsche Eisenbahner-  
verband, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staats-  
bediensteten der Gewerkschaftsbund der Eisenbahnbeamten,  
der allgemeine Eisenbahnerverband, der Lokomotivführer-  
verband und der Verband des deutschen Verkehrspersonals ver-  
öffentlichen folgende Erklärung: Der Generalfreizeug der Eisen-  
bahner hat zum vollen Erfolg geführt. Die verfassungsmäßigen  
Zustände sind wieder hergestellt, Kapp und Lüttich sind  
zurückgetreten. Reichskanzler Schiffer leitet die Regierung und  
hat einen neuen Truppenbefehlshaber eingesetzt. Die Gewerk-  
schaften bestätigen daher das Telegramm der Generalfreizeug-  
leitung, daß der Streik beendet ist. Hoch die Solidarität!

### Die Internierung des Kaisers.

W.B. Haag, 18. März. Auf eine Interpellation des  
Abgeordneten Schayer in der niederländischen Zweiten Kam-  
mer antwortete Minister Ruus unter Hinweis auf das  
Schreiben der niederländischen Regierung an den Vorstehen-  
den der Ersten und der Zweiten Kammer, daß der vormalige  
deutsche Kaiser der Regierung die Verschärfung gegeben habe,  
er werde sich jeder politischen Aktion enthalten und die Nie-  
derlande nicht in politische Schwierigkeiten bringen. Seit  
November 1918 habe die Polizei in dem Teil von Utrecht,  
der jetzt dem vormaligen Kaiser als Aufenthaltsort angewie-  
sen sei und auf Wieringen besonderen Auftrag zur Ueber-  
wachung. Es werde erzwungen, ob man dem vormaligen  
Kronprinzen nicht auch einen Aufenthaltsort anweisen wolle,  
ebenso wie dies durch königlichen Beschluß mit Bezug auf  
den Aufenthalt des Kaisers vorgeföhrt worden sei.

### Französische Justiz.

Paris, 18. März. Das Kriegsgericht verurteilte den  
Eisler Hoffmann wegen Einverständnis mit dem Feinde zu  
20 Jahren Festung. Der Verurteilte hatte im Jahre 1920  
dem deutschen Gesandten in Bern, v. Romberg, und dem  
deutschen Militärattache, v. Bismarck, seine Dienste angeboten.

In: die Schriftleitung des „Gesellschaftler“ Hrsg. Wilhelm Müller, Haupt-  
stadt - Berlin, Nr. 2, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Gewährung von Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen.

Die Gemeindebehörden und die Banlustigen werden auf  
die diesbezüglichen Bestimmungen im Staatsanzeiger Nr. 54  
besonders hingewiesen.  
Anträge auf Verwilligung von Reichsdarlehen sind bis  
spätestens 1. April 1920 beim Ministerium des Innern,  
Wohnungsabteilung - in Stuttgart vorläufig anzumelden.  
Die betr. Gemeinde muß ebenfalls ein Darlehen von  
mindestens 1/5 des Reichsdarlehens zusichern. 1288 a  
Magd., 16. März 1920. Oberamt: Müng.

### Verteilung des Feuermehrdienststufenzeichens.

Nachdem das Reichskabinett und das würt. Staats-  
ministerium der Weherverteilung des Feuermehrdienststufen-  
zeichens zugestimmt haben, können wieder Anträge auf Ver-  
teilung nach den Bestimmungen des Erlasses vom 1. No-  
vember 1906, Amtsblatt S. 321, eingereicht werden.  
Die nächsten Anträge sind nicht wie früher bis zum 15.  
August, sondern bis spätestens 10. Mai d. Js. vorzulegen.  
Dabei sind die Anträge für Feuermehrdienstglieder eingereicht,  
welche die Anwartschaft auf das Ehrenzeichen vor dem 1.  
April d. Js. erlangt haben.  
Auf den Erlass des Ministeriums des Innern vom 19.  
Febr. d. Js. - Staatsanzeiger Nr. 45 - wird noch beson-  
ders hingewiesen. 1289  
Magd., den 16. März 1920. Oberamt: Müng.

### Bekehr mit Dörrrost.

Durch Verfügung der Landesverordnungsstelle vom 6.  
März d. Js. (Staatsanzeiger Nr. 61) sind die bisherigen  
Beschränkungen des Verkehrs mit Dörrrost aufgehoben  
worden. 1293  
Magd., 17. März 1920. Oberamt: Müng.

### Zuckerzuweisung.

Der Monatszucker für die Versorgungszeit vom 16. 3.  
bis 15. 4. wird dieser Tage zur Ausgabe gelangen. Der  
Zucker für die Säuglinge wird mitgeteilt.  
Der Kleinverkaufspreis beträgt für diese Versorgungs-  
periode M. 1.55 per Pfund. 1298  
Magd., den 17. März 1920. Oberamt: Müng.

### Edhausen.

Eine zum erstenmal hochträgliche  
**Ziege**  
fehlt dem Verkauf aus  
1291 Marie Hauser Witwe, a. d. Erbe.



## Ehhausen. Wasserleitungsröhren und Bleiverkauf.

Die Gemeinde verkauft am 31. März d. Jo. nachmittags 2 Uhr auf dem Rathaus im Submissionsweg nachstehende, in gutem Zustand befindliche Wasserleitungsröhren.  
30 Stück 3 Meter lang mit 70 mm Lichtweite

145	2 1/2	60
135	2	60
2	1	60

3 Schachtdeckel und 1 1/2 - 2 Zentner Blei.  
Den 15. März 1920.  
Schultheißenamt: Denzer.

1269

## Efringen.

### Jagdverpachtung.

Die Verpachtung der Gemeindejagd findet am

**Samstag den 20. d. M., nachm. 3 Uhr**  
auf dem Rathaus hier statt.  
Den 15. 3. 20.



Gemeinderat.

1274

Forstamt Herrenberg.  
Stadtgemeinde Herrenberg.  
Gemeinden Giltstein und  
Rohrau. 281

### Eichen-Verkauf.

Am Dienstag, den 30. März 1920 vorm. präzis 8 Uhr im Rathaus 1 Sonne in Herrenberg (Würtbg.)

1) Forstamt Herrenberg. Aus Staatswald Lindach, Rohrauer Köpfe u. Ketterleshalde: 190 Eichen mit Fm.: 127 Ia, 58 Ib, 30 IIa, 28 IIb, 18 IIIa, 21 IIIb, 7 IV. Klasse.  
2) Stadt Herrenberg. Aus dem Staatswald: 100 Eichen mit Fm.: 32 Ia, 31 Ib, 22 IIa, 9 IIb, 13 IIIa, 3 IV. Kl. Aus dem Stiftungswald: 51 Eichen mit Fm.: 17 Ia, 15 Ib, 12 IIa, 6 IIb, 12 IIIa, 5 IIIb, 6 IV., 1 V. Klasse.

3) Gemeinde Giltstein. Aus Abt. Grahndel und Nollsherr: 77 Eichen mit Fm.: 6 Ia, 5 Ib, 26 IIa, 6 IIb, 13 IIIa, 8 IIIb, 1 IV. Klasse.  
4) Gemeinde Rohrau. Bei der Platte: 7 Eichen mit Fm.: 2,09 Ia, 1,38 IIIa, 0,61 IIIb, 0,90 IV., 0,97 V. Klasse.

**Ausgabe** (ausgleichslos) über die Eichen des Staatswalds durch die Forstdirektion, W. I. D. Stuttgart, Militärstr. 15, der Stadt Herrenberg durch die dortige Stadt. Waldkasse, der Eichen der übrigen Gemeinden durch die betr. Schultheißenämter. Wegen der Besichtigung wende man sich zeitig an die Forstwart: Bud in Hildrishausen O.H. Herrenberg (für Staatswald Lindach), Weber daselbst (für Staatswald Rohrauer Köpfe und Ketterleshalde), sowie für den Rohrauer Gemeindeforest, Reichardt in Herrenberg (für den Staatswald), Ross in Oberjettingen O.H. Herrenberg (für den Stiftungswald Herrenberg), für Giltstein an das dort. Waldmeisteramt. Die Reihenfolge, in der die Eichen ausbezogen werden, behalten sich die genannten Verwaltungen vollständig vor. Im äußersten Notfall Fortsetzung des Verkaufs am nächsten Tag in Wöblingen bei Zimmermann im Nachhinein an den Verkauf des Forstamts Eindelklingen.

### Hatterbach.

Verkauf am Samstag mit- tag 1 Uhr 1303  
1 neuen und 1 alten

**Answagen**

sowie 1 neuen

**Einspannerwagen.**

**Jakob Klinger.**

**„Nissin“**

gegen Kopfläuse  
Nichts anderes nehmen!  
Zu haben in der Apotheke.

Kalender bei G. W. Zaiser.

## Freie Schreinerinnung Nagold.

Gebt den Mitgliedern bekannt, daß eine Sendung

### Leim eingetroffen

ist. Diejenigen, welche Bedarf haben, wollen solchen sofort abholen.  
1295 Gabel.

## Aufforderung!

Denjenigen Oberjettinger Privatwaldbesitzer, welcher in meiner früheren Pflanzschule (Vogelhäusle) Pflanzen entwendet hat, fordere ich hiermit auf, spätestens in 8 Tagen persönliche Abmachungen mit mir zu treffen, widrigenfalls ich denselben un-nach-sichtlich der Staatsanwaltschaft zur Anzeige bringen werde. Seine Tat ist durch Zeugen festgestellt und durch die auch meiner Baumschule in seinem Wald gesehten Pflanzen.

**Martin Renz, Baumschulen, Emmingen.**  
Emmingen den 17. März 1920. 1306

## Die unaufhörlich wachsenden Lasten

die die Herstellungskosten einer Zeitung fast täglich steigern, zwingen die Zeitungsverleger leider zu weiteren unvermeidlichen Aufschlägen, um deren einsichtsvolle Anerkennung wir die Leser aller Zeitungen freundlichst bitten.

**Verein Württembergischer Zeitungsverleger.**

Wie bei den übrigen Zeitungen, so muß auch bei dem „Gesellschaftler“ ab 1. April eine Erhöhung des Bezugspreises erfolgen, die auf den Monat berechnet M. 1.30 betragen soll.

## Der Monatszucker

1301  
kann abgeholt werden bei  
Saur, Floschner, Sautter,  
Geschwister Schittenhelm,  
Schmid, Fr. u. Schöner, Wz.  
Die Karten werden mit  
650 Gramm eingelöst. Preis  
Mk. 1.55 per Pfund.  
Nagold, 17. 3. 20.

Städt. Nahrungsmittelamt.

Für ein 2 B. altes Kind  
(Mädchen) sucht ein

## Kosthaus.

1285 Armenpflege Nagold.

**M. B. R.** Bar. t. G.-d. u.  
Son. t. F.-d. v.  
Mozart 4 4 D. 1302

## Grosses

### Tapetenlager

auch Rest-Tapeten

in schöner Auswahl  
zu billigen Preisen  
empfiehlt

**L. Grüniger, Sattlerstr.  
688 Nagold.**

### Etwas Gutes

für Haare u. Haarboden ist es das

### Brennessel-Haarwasser

Nur zu haben bei  
**L. Bökle Wwe., Fris.** 44 h

## Eine neue Heilmethode

zu Hause!

Größte Erfolge bei **Sicht-,  
Rheumatismus, Ischias,  
Lähmungen, Schwächen,  
allen Nervenerkrankungen**  
pp. erreichen Sie mit dem

## Wohlmuth-Apparat

(Marke „Geweco“)  
Verlangen Sie sachrätlich  
überarbeitete Druckschrei-  
ten kostenlos.

**G. Wohlmuth & Co.**

Konstanz  
Kreuzlingerstraße 47 a  
Alleinvertreter:

**Theo Glauner**

:Freudenstadt: 70

Ein fleißiges, zuverlässiges  
16-17 jähriges 1296

## Mädchen

das Liebe zu Kindern hat auf  
15. April oder 1. Mai gesucht.

**Frau Sem. Oberl. Knödler**  
Nagold.

## Dresdner Bank

Aktienkapital und Reserven  
M 340 Millionen

**Stuttgart Cannstatt  
Heilbronn Ulm**

1292 Wülbberg, den 16. März 1920.

## Todes-Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder

## Ernst Bauer

Schlosser

im Alter von 18 Jahren Dienstag abend 1/6 Uhr nach kurzem aber schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:

der Vater Chr. Bauer, Schäfer,  
die Geschwister Karl, Maria und Emma.  
Beerdigung Freitag 1/2 Uhr.

Gebetbücher empfiehlt **G. W. Zaiser.**

Waschseife, Schmierseife, Seifenpulver, Bodenöl, Bodenwische, Stahlspäne, Kerzen, Petroleum (gesamte Marken) sämtl. Gewürze, Kaffee, Kakao, schw. Tee; ferner: sämtl. Tierarzneimittel, Käselab u. a.

erhalten Sie gut und billig in der

**+ Löwen-Drogerie, Gebr. Benz +**  
NAGOLD, Bahnhofstr. Telefon 122.

## Saat - Wicken und Rotklee - Samen

in schöner feinstabiger Ware empfiehlt 1297

**Wilhelm Grüniger**  
Landwirt : Nagold.

## 2 Bienenvölker

1290

samt Kästen verkauft

**Jos. Hirzweife Wwe.**  
Unterschwandorf.

## Mädchen gesucht.

Ein gewandtes, gesundes **Zimmermädchen**, das flüchten und gut bügeln kann, ferner ein **Mädchen für Küche u. Hausarbeiten**, das etwas Kochen kann, in gutes Privathaus für 1. oder 15. April od. 1. Mai gesucht. Zeugnisabschriften und Lohnansprüche nebst Bild erbeten an Frau Fabrikdirektor **B. Kollmar** Pforzheim 1294 Schwarzwalddstr. 22.

---

Bleiben Sie bei der altberühmten Marke

**Breisgauer Kunstmoosfay**

in verbesserter Form mit Heidelbeer-Zusatz und echten St. beim Einkauf auf die Schutzmarke. Ab 1. April 1. den Moosfay-Kunstmoosfay besteuert werden und empfehle ich daher frühzeitige Eindeckung. Niederlagen durch Wafels erkaufen. Andernfalls verlangen Sie Preisliste direkt vom Hersteller **Edward Palm** Freiburg i. B.

**Lehrverträge**  
bei **G. W. Zaiser, Nagold.**

Wülbberg.

## Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

**Samstag den 20. März 1920**

in das Gasthaus zur „Krone“ in Wülbberg freundlichst einzuladen. 1259

**Karl Stidel** Sohn der  
+ **Christine Stidel** in Efringen.

**Marie Bröjamle** Tochter des  
Ractin Härtter  
Tagelöhner in Wülbberg.  
Kirchgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

---

Wir suchen für unseren Steinbruchbetrieb einen tüchtigen und zuverlässigen 1304

## Borarbeiter.

Zu meiden am Freitag abend zwischen 4 und 5 Uhr auf dem Geschäftszimmer der Unterzeichneten.

**Südd. Kunstst. Hick & Cie., Pfrondorf.**

## ABDA.

Allgemeine Beleih- u. Privat-Darlehens-Anstalt  
Kommanditgesellschaft  
Jannstr. 497. Fahr i. B. Ede Kaiserstr. 80.  
Besitzer: **W. B. B. Ede Kaiserstr. 80.**  
Besitzer: **W. B. B. Ede Kaiserstr. 80.**  
Geschäftstätigkeit:  
Finanzierungen wirtschaftlich gesunder Geschäfte des Kleinhandels und Kleingewerbes. — Kurze Kredite für einwandfreie Warentransaktionen. — Warenlombarden. Vorschussfreie Gewährung von Privat-Darlehen zu produktiven Zwecken an Personen jeden Standes gegen angemessene Zetriedahlungen.  
Zahlreiche Empfehlungen nachweise. Rasche, verschwiegene, angenehme Geschäftsabwicklung. 2679

